
FDP Hanau

WIR MÜSSEN DEN KUCHEN GRÖßER BACKEN, NICHT DISKUTIEREN, WIE WIR IHN NEU VERTEILEN — FDP HANAU LÄDT ZUM WERKSTATT-TALK MIT FDP BUNDESVORSITZENDEN CHRISTIAN DÜRR

24.01.2026

Mit einem wirtschaftspolitischen Impuls des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Dürr startete der gut besuchte „**Werkstatt-Talk**“ der FDP Hanau in der Werkstatt der Herbert Kämmerer & Söhne GmbH. Gemeinsam mit dem Hanauer FDP-Oberbürgermeisterkandidaten Henrik Statz und dem Familienunternehmer Gabriel Kämmerer diskutierten Unternehmerinnen und Unternehmer über die wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland und die Chancen des Standorts Hanau.

Dürr: Bürokratieabbau, Investitionen und Arbeit ermöglichen

In seinem einleitenden Impuls machte Christian Dürr deutlich, dass Deutschland sich durch überbordende Bürokratie, hohe Energiepreise und mangelnde Planungssicherheit selbst ausbremse. Sein Vorschlag für kurzfristig wirksames Wachstum: sämtliche Verordnungen der vergangenen zehn Jahre kritisch überprüfen und konsequent zurücknehmen, was nicht zwingend notwendig ist.

Investitionen seien zentral für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, allerdings warnte Dürr davor, dass der Staat der Privatwirtschaft vorschreiben wolle, in welche Technologien investiert werden müsse. Politik könne und solle nicht besser wissen, welche Innovation sich durchsetzt – diese Entscheidungen müssten von denen getroffen werden, die täglich unternehmerische Risiken tragen.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel forderte Dürr einen grundlegenden Neustart in der Arbeitsmarktpolitik. Es sei derzeit einfacher, nach Deutschland zu kommen, um nicht zu

arbeiten, als um zu arbeiten. Jeder Mensch mit einem gültigen Arbeitsvertrag solle sich legal in Deutschland aufhalten dürfen – im Gegenzug dürften keine Sozialleistungen fließen.

Besonders die junge Generation stehe unter Druck. Viele junge Menschen zweifelten daran, ob sie sich in Deutschland noch etwas Eigenes aufbauen könnten. Wenn Eigentum und Vermögensaufbau außer Reichweite geraten, wirke das demotivierend. Leistung müsse sich wieder lohnen, um Aufstieg und Eigenverantwortung realistisch zu machen.

Wachstum entsteht vor Ort – Hanau als kommunale Gestaltungsaufgabe

Im Anschluss schlug Henrik Statz den Bogen zur kommunalen Ebene. Wirtschaftspolitik werde zwar in Berlin gemacht, Wachstum entstehe jedoch vor Ort. Städte und Oberbürgermeister hätten dabei konkrete Stellschrauben: Tempo in Verfahren, verlässliche Ansprechpartner, wirtschaftsfreundliche Verwaltung und eine kluge Standortentwicklung.

Hanau profitiere hierbei von seiner Kreisfreiheit, die kurze Entscheidungswege ermögliche. Wirtschaftsförderung, Bauaufsicht und weitere relevante Stellen arbeiteten eng zusammen, um Unternehmen schnell und pragmatisch zu unterstützen – auch bei der Nachnutzung von Leerständen.

Gleichzeitig benannte Statz die Grenzen kommunalen Handelns. Hohe Energiepreise, steigende Lohnnebenkosten sowie zunehmende Dokumentations- und Bürokratiepflichten schwächten insbesondere den Mittelstand und das Handwerk. Für eine Stadt wie **Hanau**, die sowohl Boomstandort für Rechenzentren als auch Heimat einer energieintensiven chemischen Industrie sei, stelle die Energieversorgung eine zentrale Herausforderung dar. Unternehmen seien bereit, eigene Kraftwerke zu errichten und Abwärme in Fernwärmenetze einzuspeisen – hierfür brauche es jedoch mehr pragmatische Schulterschlüsse und rechtliche Spielräume.

Unternehmen wünschten sich vor allem eines: Tempo. Statz betonte, dass Rechtsstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung und wirtschaftsfreundliches Handeln kein Widerspruch seien. Ziel müsse es sein, den Erfolg der Stadt zur gemeinsamen Agenda zu machen und Ergebnisse in den Mittelpunkt zu stellen – nicht allein die Absicherung von Verfahren. Das erfordere auch Mut zu neuen Verwaltungsstrukturen und einen

Kulturwandel.

Kämmerer: Bedürfnisse der Unternehmer wahrnehmen

Mit Gabriel Kämmerer war der dritte Teilnehmer der Podiumsdiskussion ein angesprochener Unternehmer. Der Mitinhaber der Hanauer Herbert Kämmerer & Söhne GmbH war an diesem Abend Gastgeber. Als mittelständischer Arbeitgeber weiß er, wo der Schuh drückt.

In seinem Unternehmen sind Handel und Dienstleistung vereint; man ist vor allem auf hochqualifiziertes Personal für den Vertrieb, den Service und die hauseigene Werkstatt angewiesen. Als Ausbildungsbetrieb steht er mit anderen regionalen Unternehmen im Wettbewerb um Schulabsolventen und wünscht sich Unterstützung dabei, auch technische Berufe besser in den Schulen vorstellen zu können und die Attraktivität einer Ausbildung im Handwerk mehr hervorzuheben.

Sowohl in der Ausbildung als auch im sich anschließenden Berufsleben bestimmt das zu erzielende Einkommen die Attraktivität einer Branche mit. Hierbei mindern steigende Lohnnebenkosten auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite den Spielraum für Unternehmen mit hohem Personalbedarf. Nicht nur hier sieht Kämmerer Handlungsmöglichkeiten.

Auf die Aussage, Unternehmen müssten mehr Risiko wagen, entgegnet er, dass diese Risiken dann auch zugelassen werden müssen. Konkret machte er das am Beispiel eines ausländischen Arbeitnehmers, den er in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren wollte. Dies sei mit derartig hohen bürokratischen Hürden versehen, dass selbst qualifizierte und dringend benötigte Arbeitnehmer ihm nicht zur Verfügung stehen. Hierfür gäbe es aber einfache Lösungen. Gerne wüsste, warum Unternehmer beispielsweise keine Garantien für Arbeitnehmer geben können, dass diese keine Transfereinkommen benötigen, um ihnen so einen schnellen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.